

Sitzungsniederschrift

3. Sitzung des Finanzausschusses

| | | |
|---|-------------------------------------|-----------------------------------|
| Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich | | |
| Sitzungsdatum: 26.01.2017 | Sitzungsbeginn: 15:03 Uhr | Sitzungsende: 17:00 Uhr |

| Mitglieder / Anwesende | Fraktion Gruppe | Funktion Anmerkung |
|---------------------------|--------------------|-------------------------------------|
| Vorsitz | | |
| Gossel, Arnold | CDU | |
| Mitglieder | | |
| Akkermann, Hermann | SPD | Vertretung für Herrn Alfred Meyer |
| Bargmann, Bodo | CDU | |
| Feldmann, Julia | SPD | |
| Harms, Antje | SPD | |
| Jelken, Friedhelm | CDU | |
| Jeromin-Oldewurtel, Beate | GRÜNE | |
| Kleen, Barbara | SPD | |
| Looden, Holger | AfD | |
| Röben, Hinrich | SPD | Vertretung für Herrn Wiard Siebels |
| Roß, Helmut | Roß | |
| Seelgen, Blanka | DIE LINKE. | |
| Strömer, Wilhelm | FW | |
| Grundmandat | | |
| Meyerholz, Hans-Gerd | GFA | |
| Gäste | | |
| Wirsik, Petra | GRÜNE | |
| Verwaltung | | |
| Eiben, Talea | | Amtsleiterin Amt für Schulen und IT |
| Hanekamp, Nicole | | Protokollführerin |

| | |
|---------------------|---|
| Rieger, Anne-Mareka | Amtsleiterin Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche |
| Saathoff, Irene | Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung |
| Weber, Harm-Uwe | Landrat |

Nicht anwesend:**Mitglieder**

| | |
|----------------|-----|
| Meyer, Alfred | SPD |
| Siebels, Wiard | SPD |

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 19.01.2017
5. Einwohnerfragestunde
6. 2. Beratung des Haushaltsplanes 2017
7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
8. Einwohnerfragestunde
9. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.03 Uhr die 3. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Röben nahm für den Abgeordneten Siebels und Abgeordneter Akkermann nahm für den Abgeordneten Meyer an der Sitzung teil.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 19.01.2017**

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Finanzausschusses vom 19.01.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **2. Beratung des Haushaltsplanes 2017**

Frau Eiben, Amt für Schulen und IT, setzte ihre Erläuterungen aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 19.01.2017 fort. Zu Beginn der Sitzung verteilte **Frau Eiben** eine Übersicht der Haushaltsmittel für die Ausstattung der kreiseigenen Schulen im Finanzhaushalt (Anlage 1).

Abgeordnete Seelgen wollte wissen, warum die Sockelbeträge für die Förderschulen unterschiedlich seien.

Frau Eiben informierte, dass sich die unterschiedlichen Sockelbeträge aus den unterschiedlichen Schülerzahlen ergeben würden. Außerdem werde geprüft, welche Anschaffungen in den Vorjahren bereits getätigt worden seien, um eine gerechte Verteilung zwischen den Schulen zu erreichen.

Frau Eiben setzte ihre ausführlichen Erläuterungen auf der Seite 3 des Investitionsplanes, der in der Sitzung des Finanzausschusses am 19.01.2017 verteilt wurde, fort.

Es seien keine Haushaltsansätze für die Förderschule am Meer in Norden aufgenommen worden, weil die Schule auslaufe.

In Bezug auf die Erläuterungen von **Frau Eiben** zu den Investitionen in der BBS II in Aurich meinte **Abgeordneter Meyerholz**, dass bei dem heutigen Artikel in der Zeitung der Eindruck entstehe, dass die BBS II ebenfalls neugebaut werde. Er stellte sich die Frage, ob bei dieser Baumaßnahme bald ebenfalls erhöhte Kosten ähnlich der IGS Aurich-West zu erwarten seien.



Frau Eiben informierte, dass die Ausschreibung der Baumaßnahme bereits erfolgt sei. Die Haushaltsansätze seien in dem vorliegenden Investitionsplan eingearbeitet worden. Bei der Baumaßnahme des Gebäudes C sei keine Anmietung von Containern erforderlich, weil andere Räumlichkeiten, z.B. in der IGS Aurich-West und der Förderschule Lernen Aurich, sowie in Ihlow und Moordorf, für die Schüler genutzt würden.

Frau Saathoff erklärte, dass die Haushaltsmittel für die Kernsanierung des Gebäudes A der BBS II Aurich (I23-16-015) auf die Jahre 2018 und 2019 verschoben worden seien. Für diese Maßnahmen seien Fördermittel aus dem Nds. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz („KIP“) des Landes beantragt worden. Wegen der Flüchtlingswelle hätten viele Kommunen die Mittel nicht zeitnah abrufen können, das Land habe jetzt die Frist für die Abrechnung der KIP-Mittel verlängert.

Abgeordneter Bargmann fragte im Zusammenhang mit der Erläuterung von **Frau Eiben** zur Sanierung der Lüftungsanlage in der BBS Norden (I23-16-011), ob der Landkreis ein Lüftungskonzept erstellt habe.

Frau Eiben antwortete, dass kein Lüftungskonzept für alle Schulen erstellt worden sei. Die Anlagen würden geprüft und bei Bedarf ein Fachplaner eingebunden werden.

Frau Saathoff fügte hinzu, dass der Haushaltsansatz für den Austausch der Lüftungsanlage wegen der besseren Vorausschau aufgenommen worden sei. Die Dringlichkeit werde zu gegebener Zeit überprüft, eventuell sei dann eine Verschiebung auf die Folgejahre möglich.

Frau Eiben informierte, dass die Schüler der BBS Norden wenige Möglichkeiten hätten, sich auf dem Schulhof aufzuhalten. Aus diesem Grund seien bei der Investitionsnummer I23-19-008 Haushaltsmittel für 2017 und 2020 für die Gestaltung des Schulhofes eingeplant worden.

Abgeordneter Strömer fragte bezüglich des erfolgten Ankaufs des FTZ Gebäudes, ob Haushaltsmittel für die Sanierung der Gebäude eingeplant gewesen seien.

Frau Eiben antwortete, dass im Haushaltsplan 2015 lediglich der Einbau einer Heizung im Kfz-Bereich für 80.000 € eingeplant gewesen sei.

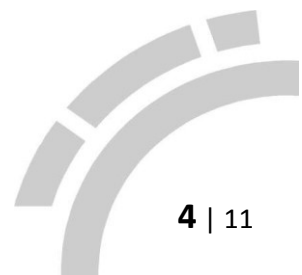
Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, ob der Abriss des FTZ-Gebäudes an der Klosterstraße fest stehe und wie hoch die Abrisskosten seien. Denkbar sei, in dem Gebäude ein Feuerwehrmuseum einzurichten.

Frau Saathoff sagte, dass das FTZ-Gebäude gekauft worden sei, weil es für schulische Zwecke erforderlich sei. Die Abrisskosten für den Gebäudeteil an der Klosterstraße würden bei ca. 20.000 € liegen.

Frau Eiben erläuterte die Seite 3 der Anlage 1 zur Betriebs- und Geschäftsausstattung der BBS Norden. In der Übersicht würden 50.000 € für die Anschaffung von Smartboards im Haushaltsjahr 2019 und 2020 fehlen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Niederschrift ist eine angepasste Übersicht beigefügt.



Bezüglich der Ausstattung der IT-Abteilung informierte Frau Eiben, dass seitens der IT-Abteilung insgesamt ca. 900 Arbeitsplätze und ca. 100 Laptops zu betreuen seien. Im Unterrichtsbereich seien 1.600 (davon 1.200 in den Berufsbildenden Schulen) und in der Schulverwaltung 100 Arbeitsplätze zu verwalten.

Die Anzahl der zu betreuenden Außenstellen würde jährlich steigen und zurzeit bei 48 liegen.

Die IT-Abteilung verwalte 25 große Fachprogramme und 40 kleine Fachverfahren.

In dem Investitionsplan seien viele Haushaltsansätze in den Ergebnishaushalt verschoben worden, weil aufgrund einer Gesetzesänderung ab dem 01.01.2017 bewegliche Vermögensgegenstände mit Anschaffungswerten zwischen 150 und 1.000 € nicht mehr investiv gebucht werden dürfen.

Für die Anschaffung von neuen Fachverfahren seien 45.000 € (für das Amt für Wirtschaftsförderung, das Amt für Kinder, Jugend und Familie sowie das Straßenverkehrsamt) eingeplant.

Vorsitzender Gossel bedankte sich bei Frau Eiben für die ausführlichen Erläuterungen.

Frau Saathoff erklärte, dass die Haushaltsansätze für die Betriebs- und Geschäftsausstattung im Amt für Kinder, Jugend und Familie sowie im Gesundheitsamt wegen der Gesetzesänderung, bewegliche Vermögensgegenstände bis 1.000 € im Ergebnishaushalt zu veranschlagen, größtenteils in den Ergebnishaushalt verschoben worden seien.

Frau Rieger, Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche, führte aus, dass der Landkreis zuständig sei für die Unterhaltung von insgesamt 400 km Kreisstraßen und 270 km Radwege sowie den Ausbau von ÖPNV-Haltestellen.

Frau Eiben verließ den Sitzungsraum um 15.43 Uhr.

Frau Rieger erläuterte ausführlich die geplanten Investitionen auf den Seiten 4, 5 und 6 des Investitionsplanes.

Bei der Investitionsnummer I66-00-002 sei die Anschaffung eines Unimogs und eines Streuanhängers geplant. Für den Ausbau und die investive Erneuerung von Kreisstraßen (I66-00-003) sei der Haushaltsansatz vor einigen Jahren um 1 Mio. € auf 2 Mio. € angehoben worden. Es finde zurzeit noch eine Abstimmung mit der Zentralen Finanzverwaltung bezüglich der Verschiebung von Haushaltsansätzen vom Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt statt. Es sei davon auszugehen, dass sich der Haushaltsansatz im Finanzhaushalt noch reduzieren werde.

Frau Saathoff ergänzte, dass es Schwierigkeiten bei der Abgrenzung von Straßenunterhaltungsmaßnahmen und Investitionen in Straßen gebe. Kleinere Unterhaltungsmaßnahmen seien im Ergebnishaushalt zu veranschlagen. In der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung sei eine Regelung enthalten, dass bei einer Finanzierung mit öffentlichen Mitteln, z.B. über KfW-Mittel, eine Unterhaltung investiv gebucht werden dürfe. Zurzeit würden die einzelnen Maßnahmen bei der Investitionsnummer I66-00-003 geprüft und dann gegebenenfalls eine Verschiebung der Haushaltsansätze vorgenommen werden.

Frau Rieger führte weiter aus, dass es sich bei den Radwanderwegen (I66-00-008) um eine freiwillige Aufgabe des Landkreises Aurich handle. Angeschafft werde z.B. Kartenmaterial. Alle fünf Jahre werde ein neues Fahrzeug gekauft, deshalb sei im Haushaltsjahr 2019 ein Haushaltsansatz in Höhe von 36.000 € vorgesehen.

Bei dem Ausbau und der investiven Erneuerung von Radwegen (I66-00-011) sei der Haushaltsansatz um 150.000 € erhöht worden, weil bei dem Radweg an der K 105 in Wiesmoor weiterhin dringend notwendige Investitionen durchgeführt werden müssen. Insgesamt werde auch bei diesem Haushaltsansatz geprüft, ob ein Teilbetrag noch in den Ergebnishaushalt verschoben werden müsse.

Bei den Zuweisungen an die Gemeinden für das Infrastrukturvermögen (I66-00-012) liege zurzeit ein Antrag der Stadt Wiesmoor vor. Der Antrag werde demnächst im Kreisentwicklungsausschuss vorgestellt, danach erfolge die Entscheidung.

Die ÖPNV-Maßnahmen (I66-00-013) würden zu 100 % aus Regionalisierungsmitteln finanziert.

Die Haushaltsansätze für die Investitionen in die Haltestelle in Georgsheil (I66-10-001) würden schon seit mehreren Jahren im Investitionsplan stehen. Wegen der seinerzeit geplanten Reaktivierung des Schienenpersonennahverkehrs sei die Umsetzung verschoben worden. Jetzt stehe der Bau der Zentralklinik in Georgsheil im Raum. Diese Entscheidung werde abgewartet, bevor größere Baumaßnahmen an der Haltestelle geplant würden.

Der Radweg an der K 136 von Spetzerfehn nach Voßbarg (I66-10-004) sei fertiggestellt, es würden aber noch zwei Radwegebrücken fehlen. Hierfür werde zurzeit die Ausschreibung vorbereitet.

Frau Rieger informierte, dass Radwegebaumaßnahmen grundsätzlich nach dem Nds. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert werden würden. Der Fördersatz betrage zwischen 60 und 75 % und orientiere sich an der Steuerkraft des Landkreises. Der Landkreis Aurich erhalte aufgrund der guten Steuerkraft eine Förderung in Höhe von 60 %. Diese Förderung sei zurzeit befristet bis 2019. Die Planung für die nächsten Jahre werde aber wie bisher mit der Einplanung einer Förderung fortgeschrieben.

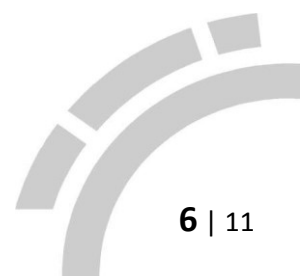
Die Haushaltsansätze für die Anbindung an die A 31 (I66-11-002) seien herausgenommen worden, weil die Maßnahme als vordringlicher Bedarf in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden sei und jetzt durch den Bund geplant werde.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel zeigte sich erfreut, dass die Mittel für die Anbindung an die A 31 aus dem Landkreishaushalt entfernt worden seien, da hierdurch die Finanzplanung stark belastet gewesen sei.

Frau Rieger sagte zu, dass der Niederschrift eine Karte mit den Nummern der Kreisstraßen angehängt werde (Anlage 2).

Bei der Renaturierung des Krummen Tiefes (I66-12-011) handle es sich um ein Projekt der Unteren Wasserbehörde. Das wasserrechtliche Verfahren werde zurzeit angeschoben.

Abgeordneter Jelken erkundigte sich, ob für die Renaturierung des Krummen Tiefes ein Ingenieur eingestellt worden sei, damit die Arbeiten schneller vorangehen.



Landrat Weber teilte mit, dass sich die Einstellung verzögert habe und erst jetzt vorgenommen worden sei.

Frau Rieger führte fort, dass für den Radweg an der K 129 von Pfalzdorf nach Plaggenburg (I66-13-003) die Baureife erlangt sei. Der Grunderwerb sei getätigt worden, der Bewilligungsbescheid mit einer 60 %-igen Förderung liege vor. Die Umsetzung erfolge im Laufe des Jahres.

Der Umbau an der Kreuzung der K 111 – Fischteichweg/Bäckerei Kramer - (I66-13-006) sei zur Herstellung der Verkehrssicherheit für die Fußgänger und Radfahrer erforderlich. Das Planfeststellungsverfahren werde in Kürze eröffnet.

Abgeordnete Harms wies darauf hin, dass die Kreuzung bei der Bäckerei Kramer sehr beengt sei. Außerdem befinde sich die Kirchdorfer Straße in einem schlechten Zustand.

Abgeordneter Jelken fragte nach, ob die von Schülern entwickelten Ideen zur Umgestaltung der Kreuzung an der K 111 in die Planung eingeflossen seien.

Landrat Weber sagte zu, dass die Frage geprüft werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche wird die Unterlagen des Projektes des Amtes für Kinder, Jugend und Familie einsehen und gegebenenfalls in der Planung berücksichtigen.

Abgeordnete Harms bat darum, den Heuweg von Ihlow nach Westerende-Holzloog zu begutachten. Die Straße sei sehr stark befahren. Viele LKWs würden die Straße als Abkürzung nutzen. Die Eltern seien daher gezwungen, ihre Kinder mit den Autos zur Schule zu bringen. Sie wünsche sich den Bau eines Radweges entlang des Heuweges.

Frau Rieger informierte, dass der vorherige Kreistag der Verwaltung den Auftrag erteilt habe, ein Nachfolgeradwegeprogramm zu erstellen. In diesem Zuge werde auch der Radweg am Heuweg bewertet. Die Prioritätenliste werde zu gegebener Zeit im Kreisentwicklungsausschuss vorgestellt.

Die Beratung im Kreisentwicklungsausschuss wurde durch den **Abgeordneten Strömer** unterstützt.

Im Zusammenhang mit der Erläuterung der investiven Haushaltsansätze für die Haltestellen durch **Frau Rieger** fragte **Abgeordneter Meyerholz**, ob es möglich sei, dem Protokoll eine Karte mit den Haltestellen beizufügen.

Die Karte mit den für 2017 geplanten Haltestellen ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Die Förderung des Ausbaus der Haltestellen an der K 136 (I66-15-010 und I66-15-011) sei von der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) nicht akzeptiert worden, da die Kosten zu hoch seien, so **Frau Rieger**. Sie habe schriftlich geantwortet, dass es sich hier um eine besondere Lage am Kanal handle und die Durchführung eines Ortstermines vorgeschlagen.



Mit dem Haltestellenprogramm 2017 (I66-17-002) sei der Ausbau von 16 Haltestellen vorgesehen. Bis 2022 müsse die Barrierefreiheit bei den Haltestellen hergestellt sein. Dieses sei zeitlich nicht zu schaffen. Es erfolge eine enge Abstimmung mit dem Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung.

Die Salzhalle für die Kreisstraßenmeisterei in Georgsheil sei geplant, um eine Vor-Ort-Lagerung vornehmen zu können. Hierdurch könne das Salz kostengünstiger eingekauft werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel wollte wissen, warum der Haushaltsansatz so stark angestiegen sei.

Frau Rieger sagte, dass die jetzt eingeplante Soleherstellung zu Anfang nicht enthalten gewesen sei. Der zurzeit vorhandene Solebehälter sei abgängig. Außerdem habe die aktuelle Kostenschätzung die erhöhten Kosten ergeben.

Abgeordneter Roß erkundigte sich nach dem Preis für Sole. Die Sole aus Etzel werde in die Nordsee gekippt. Eventuell könne die Sole bei der Kreisstraßenmeisterei einer besseren Verwendung zugeführt werden.

Vorsitzender Gossel meinte, dass die Sole aus Etzel zu scharf und nicht für den Winterdienst geeignet sei.

Frau Rieger sicherte zu, dass eine Information im Protokoll ergänzt werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Aurich hat das Verfahren der Solelieferung aus Etzel ausprobiert, den Bezug aber wieder eingestellt. Es gab Probleme mit der Qualität bzw. dem Sättigungsgrad der Salzlösung, so dass der gewünschte Erfolg nicht erzielt werden konnte. Zudem verlief die Abholung durch einen Transportunternehmer bzgl. zeitlicher Absprachen nicht reibungslos.

Die Abholung ab Aussolbecken - Etzel musste zudem durch ein geeignetes Unternehmen durchgeführt werden, was zu zusätzlichen Transportkosten führte.

Für den Landkreis muss zudem unabhängig vom Lieferanten das Problem der begrenzten Lagerkapazität von 30 t gelöst werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel machte den Vorschlag, die Angelegenheit im Kreisentwicklungsausschuss zu erläutern.

Frau Rieger stellte in Aussicht, dass die Thematik am 01.03.2017 im Kreisentwicklungsausschuss vorgestellt werde.

Bei der Sanierung der K 225 von Wirdum nach Loppersum (I66-17-004) sei evtl. teilweise belastetes Material vorhanden. Aus diesem Grund sei der Haushaltsansatz so hoch geplant worden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte, warum die Maßnahme so teuer sei und wunderte sich über die gelbe Markierung im Investitionsplan (= neue Maßnahme).

Frau Rieger informierte, dass bei der Straße evtl. nicht weiterverwendbares Material enthalten sei und aus diesem Grund höhere Kosten anfallen würden. Die gelbe Markierung sei nicht korrekt und müsse angepasst werden.



Bei der Kostenbeteiligung an dem Knotenpunkt der L 14 / K 110 in Westgroßefehn (I66-17-007) handele es sich um eine neue Maßnahme. Der Landkreis sei nach dem Nds. Straßengesetz verpflichtet, sich an den Kosten zu beteiligen.

Abgeordnete Harms erkundigte sich, warum bei dieser Maßnahme eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen sei.

Frau Rieger antwortete, dass die Verpflichtungsermächtigung hier nicht richtig sei und gelöscht werden müsse.

Bei den Haltestellenprogrammen 2018 bis 2021 würden in enger Abstimmung mit dem Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung die für den Ausbau vorgesehenen Haltestellen festgelegt werden.

Vorsitzender Gossel bedankte sich bei Frau Rieger für die ausführliche Erläuterung.

Frau Saathoff erklärte, dass das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung eine Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen um 100.000 € auf 350.000 € beantragt habe, da mit dieser Förderung viele Maßnahmen umgesetzt werden können.

Zuschüsse an Gemeinden zur Tourismusförderung (I80-12-001) seien in Höhe von insgesamt 800.000 € eingeplant. Für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur seien die Haushaltsansätze entsprechend dem Beschluss der 1. Nachtragshaushaltssatzung enthalten. Die zu erwartenden Einzahlungen seien auch entsprechend aufgenommen worden.

Frau Saathoff fasste zusammen, dass sich die Kreditaufnahme durch die in dem Investitionsplan enthaltenen Maßnahmen von 14,6 Mio. € auf 18,3 Mio. € erhöhe. Die Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2018 erhöhe sich von 12,4 Mio. € auf 32,7 Mio. €. Diese Erhöhungen seien in erster Linie den Investitionen in die IGS Aurich-West sowie der Breitbandversorgung geschuldet.

Die Haushaltsansätze für die Kreisschulbaukasse für die Jahre 2018 bis 2020 seien noch zu ermitteln.

Abgeordneter Meyerholz fragte nach, ob der Neubau der IGS Aurich-West auch aus der Kreisschulbaukasse finanziert werde und wie hoch der Anteil der Gemeinden sei.

Frau Saathoff informierte, dass die Darlehenssumme aus der Kreisschulbaukasse bei 50 % liege und die Gemeinden einen Anteil von 33,33 % zahlen müssten.

Abgeordneter Strömer wollte wissen, wo der Landkreis Aurich mit der Verschuldung lande.

Frau Saathoff sagte, dass man zunächst die Haushaltsberatungen abwarten müsse und sich der neue Schuldenstand anhand der sich dann ergebenden Nettoneuverschuldung berechne.

Abgeordnete Harms verließ den Sitzungssaal um 16.54 Uhr.



Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bemängelte, dass der Landkreis Aurich es nicht schaffe, Schulden abzubauen. Ihrer Meinung nach sei der Plan nach den Bedarfen der Ämter aufgestellt worden und nicht danach, was sich der Landkreis Aurich finanziell leisten könne.

Abgeordneter Bargmann verließ den Sitzungssaal um 16.55 Uhr.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass bereits Gespräche mit den Ämtern geführt und auch Veränderungen und Verschiebungen in den Haushaltsansätzen vorgenommen worden seien.

Abgeordnete Jeormin-Oldewurtel meinte, dass der Inhalt des Investitionsplanes bereits fest stehe.

Landrat Weber sagte, dass der Investitionsplan in der Sitzung des Finanzausschusses nur vorgestellt werde. Änderungswünsche der Fraktionen müssten beraten werden, bevor dann eine Beschlussfassung in der Sitzung des Kreistages erfolge.

Abgeordneter Meyerholz verließ den Sitzungssaal um 16.58 Uhr.

Anmerkung der Verwaltung:

Um 17.00 Uhr fand die Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Aurich statt.

Vorsitzender Gossel informierte, dass am 07. und 21. Februar sowie am 02. und 14. März 2017 weitere Sitzungen des Finanzausschusses zur Beratung des Haushaltsplanes vorgesehen seien. In der Sitzung des Kreistages am 28. März 2017 solle die Haushaltsatzung beschlossen werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel wies darauf hin, dass der Termin am 21. Februar 2017 mit einem Termin der Sparkasse kollidiere.

Landrat Weber kündigte an, dass die Finanzausschusssitzung am 21. Februar 2017 bereits um 14.00 Uhr beginne, damit der Termin bei der Sparkasse wahrgenommen werden könne.

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.



TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.00 Uhr

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin

